

Zu den Instrumenten der politischen Auseinandersetzung im Kontext »sozialistischer« Regierungen gehört, wie sich zeigt, die Religion. Jedoch einheitliche Linien sind kaum auszumachen. Schon gar nicht beim Verhältnis zu ultrakonservativen Positionen der katholischen Kirchen.

Auch bei der praktischen Anerkennung indigener Religionen gibt es wenig Gemeinsamkeit. Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet legt sich zwar bei Frauen- und Familienfragen mit dem konservativen Klerus an, aber indigene Rechte sind für sie kein Thema. Und Brasilien? Seit langer Zeit schon ist religiöser Pluralismus gesellschaftlich anerkannter

Teil der Kultur – keine Herausforderung also für Präsident Lula. Allerdings – wo Kirchenleute soziale Bewegungen unterstützen, beispielsweise die Bewegung der Landlosen oder die Organisationen indigener Völker Amazoniens, und wirtschaftliche Interessen tangiert werden, bestehen die Konflikte fort. Hier aber ist nicht die Religion das Kampffeld.



Juliana Ströbele-Gregor ist Altamerikanistin, Ethnologin und Pädagogin und arbeitet u.a. als Dozentin am Lateinamerika-Institut der FU Berlin. jstroebelregor@gmx.net

Bert Hoffmann

Kuba und der »Sozialismus des 20. Jahrhunderts«

Hugo Chávez hat das Ziel seiner »Bolivarischen Revolution« als »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« bezeichnet, nicht zuletzt um ihn vom Scheitern der Breschnews, Honeckers und Ceaucescus abzugrenzen. Aber wo bleibt dabei Kubas Sozialismus, den Fidel Castro immerhin schon 1961 offiziell ausrief? Ein Lagebericht über ein Land in der »Zwischenzeit«.

Offiziell könnte die Verbindung zwischen beiden Ländern nicht inniger sein: Hugo Chávez ist spätestens seit seinen Besuchen am Krankenbett Fidels als dessen historischer Erbe inthronisiert und Venezuelas großzügig sprudelnde Ölmilliarden beschere Kubas Wirtschaft eine dringend benötigte Finanzhilfe.

Gleichzeitig jedoch erlebt das sozialistische Kuba eine eigenwillige Zwischenzeit: halb noch in der Ära Fidel Castros, halb schon danach. Die Regierung in Havanna kann es als großen Erfolg verbuchen, dass im Lande alles ruhig geblieben ist, seit vor bald anderthalb Jahren, im Sommer 2006, sich Fidel einer Notoperation unterziehen musste und seine Ämter an der Spitze von Staat, Partei und Armee an Bruder Raúl

übergab – vorübergehend, wie es offiziell noch immer heißt. Seitdem hat Fidel nicht ein einziges Mal öffentlich gesprochen, nicht die olivgrüne Uniform getragen, nicht eine Sitzung der Partei geleitet. Dennoch bleibt das politische Leben Kubas fest in seinem Schatten. Was immer Fidel an »Reflektionen« diktiert, erscheint in der Parteizeitung GRANMA. Unlängst erklärte Fidel dort, am 11. September sei kein Flugzeug, sondern eine Rakete ins PENTAGON gestürzt. Kein Redakteur darf korrigierend eingreifen.

Fidel Castro hat Kuba seit mehr als viereinhalb Jahrzehnten geführt, länger als es die DDR überhaupt gab. Wo Politiker im Exil und den USA für den »Tag X« den sofortigen Kollaps des Systems heraufbe-

schworen hatten, konnte die kubanische Regierung es als Erfolg verbuchen, wie ruhig es im Land nach Fidels Amtsübergabe bis heute geblieben ist. Doch die Führung um Raúl Castro weiß sehr wohl, wie prekär diese Ruhe ist, und wie sehr die Geduld der Bevölkerung eine strapazierte Ressource ist. In seiner letzten großen Rede zum Revolutionsfeiertag am 26. Juli dieses Jahres, sprach Raúl von den »Problemen, Mängeln und Fehlern« und dass »Veränderungen in den Strukturen und in der Herangehensweise« notwendig seien. Nicht nur, dass diesen Worten bislang die entsprechenden Taten nicht gefolgt sind. Am Tag nach Raúls Rede druckte die Parteizeitung eine »Reflektion« Fidels, die die Ansprache seines Bruders mit keinem Wort erwähnte. Und als Raúl in seiner Rede am 26. Juli den USA ein Dialogangebot machte, verkündete Fidels nächste Reflektion in der Parteizeitung fünf Tage später: »Niemand sollte sich die geringste Illusion machen, dass das Imperium (...) mit Kuba verhandeln wird.« Auf eine Erwiderung Raúls warten die Kubaner seitdem vergeblich.

Wenn schon Raúl mit seinen Äußerungen auf derart dünnem Eis geht, wagt sich von den unteren Kadern erst recht kaum jemand aus der Deckung. Im persönlichen Gespräch, fern seines Büros, beschrieb ein Kader der KP die Situation: »Solange der Papst nicht tot ist, erhebt kein Kardinal die Stimme.« Auch der offizielle Aufruf zur Diskussion der Rede Raúls in allen Betrieben findet so in einem seltsam gebremsten Klima statt. Wenn die Führung die Bevölkerung dort zu Mut, Offenheit und Kritik aufruft, dann geben die Führungskader selbst dafür mitnichten ein Beispiel vor.

Dabei hat sich die materielle Lage im Land ohne Frage massiv verbessert, wenn man sie mit dem Tiefpunkt der »Período Especial«, der Krise Anfang der 90er Jahre vergleicht. Grund dafür ist allen voran das immer enger gewordene Bündnis mit

dem Venezuela Hugo Chávez', der seine üppig sprudelnden Ölmilliarden in internationale Politik investiert. Kuba kann so einen florierenden Export seines Humankapitals – Lehrer, Ärzte und Krankenschwestern, aber auch Sporttrainer und Sicherheitspersonal – im vorteilhaft berechneten Tausch gegen venezolanische Öllieferungen betreiben. In den offiziellen Statistiken hat dies der Insel zuletzt zweistellige Wachstumsraten pro Jahr beschert, die Fidel immer wieder mit großer Geste Freund und Feind präsentierte.

Weder »Wirtschaftswunderland« noch »leuchtendes Modell«

Von solchem Triumphalismus ist die Regierung seines Bruders meilenweit entfernt. Sicher, die täglich stundenlangen Stromsperrern der frühen 90er Jahre gehören der Vergangenheit an. Doch die Crux ist noch immer das dramatische Missverhältnis zwischen dem normalen kubanischen PESO, in dem das Gros der Löhne gezahlt wird, und dem als DOLLAR-Äquivalent fungierenden »konvertiblen PESO«, in dem die Devisenshops 1.001 Waren des täglichen Bedarfs anbieten. In den offiziellen Wechselstuben braucht man nicht weniger als 24 normale PESOS, um einen »konvertiblen« PESO zu bekommen – womit sich der durchschnittliche Monatslohn eines kubanischen Arbeiters in umgerechnet gerade einmal 10 EURO übersetzt. Wenn in dieser Situation Fidel Kuba als »Wirtschaftswunderland« und »leuchtendes Modell« für die Welt beschreibt, dann ist das für die Kubaner auf der Insel schwer auszuhalten. Raúl hingegen spricht die Probleme und Versorgungsengpässe und die unzureichenden Löhne immerhin an, und er erklärt, dass keine Rede davon sein könne, dass Kuba die »Sonderperiode« bereits verlassen habe. Raúl Castro mag nicht das Charisma seines Bruders haben, aber er ist damit zweifelsohne näher an der Stimmung im Volk.

Kleine Reformschritte statt radikalem Systemwechsel

Wohin steuert nun Kuba? Hugo Chávez' Formel vom »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ist für Kuba höchst ambivalent. Fidel hatte in den letzten Jahren die Parole von der »Schlacht der Ideen« (*batalla de ideas*) ausgegeben: die Rückkehr zu einer direkt an seine Person gebundenen Kampagnenpolitik, die in zunehmendem Maße die offiziellen Institutionen von Staat und

Partei aushöhlte. Die Gelder für die landesweite Reparatur von Polykliniken etwa verwaltete nun nicht mehr das Gesundheitsministerium, sondern das frisch eingerichtete »Büro für die Schlacht der Ideen«, besetzt mit jungen Kadern, die ihren Aufstieg nicht der Partei, sondern allein dem Comandante verdankten. Die Vorliebe für diese Form des voluntaristischen, personenfixierten Regierens verband ohne Frage Fidel mit Hugo Chávez.

In Kuba jedoch war – naheliegender Weise – die Begeisterung der etablierten Funktionäre für derartige Parallelstrukturen begrenzt.

Raúl Castro verkörpert wie kein zweiter dieses Unbehagen an der De-Institutionalisierung des kubanischen Sozialismus. Auch wenn er jahrzehntelang der Armee vorstand, war Raúl zeitlebens sehr viel mehr Parteibürokrat als sein Bruder. Von der »Batalla de Ideas« ist bei ihm kaum noch die Rede, ihre aufstrebenden Jung-Kader sind wieder ins zweite Glied zurückverwiesen. Wie immer auch die Frage lautet, Raúl's Antwort ist: die Partei. Leitmotive sind Verwaltungsrationalität und eine Stärkung der formalen Institutionen, nicht Kampagnen; zugespitzt gesagt: Den Führungskadern um Raúl geht es weniger darum, einen neuen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« zu erfinden, als vielmehr darum, zu einem funktionierenden »Sozialismus des 20. Jahrhunderts« zurückzukehren.

Auf einen Kollaps des Systems oder eine Transition zu liberaler Demokratie deutet derzeit wenig hin; auch die re-

formfreudigsten unter den etablierten Eliten haben viel zu verlieren, solange die Kompromisslosigkeit Washingtons und die Unversöhnlichkeit des Exils einen Weg der politischen Öffnung gleichsam als Selbstmord erscheinen lassen. Auf der anderen Seite findet die verbreitete, aber diffuse Unzufriedenheit von unten noch kaum Ansätze zu politischer Artikulation, die Dissidenten bleiben schwach. Das wahrscheinlichste Szenario sind somit Veränderungen von oben. Von der gegenwärtigen Führung um Raúl Castro gibt es Andeutungen, dass sie wieder an jenen eng begrenzten Reformen anknüpfen will, die Mitte der 90er Jahre maßgeblich zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitrugen und von Fidel wieder zurückgestutzt wurden, als sie ihm mit zunehmender Erholung der Wirtschaft nicht mehr nötig schienen.

Ein Beispiel ist die Landwirtschaft: Die Zuckerrohrwirtschaft, einst ökonomisches Rückgrat der Insel, ist in freiem Fall; von 8,4 Millionen Tonnen 1989 lag sie im vergangenen Jahr gerade noch bei 1,2 Millionen, und das trotz vergleichsweise guter Weltmarktpreise. Bei den Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf sieht es nicht viel besser aus. Das süße Öl-Geld Venezuelas sowie großzügige Kredite Chinas haben dazu geführt, dass Kuba im großen Stil Nahrungsmittel importiert. Die einheimische Produktion fällt dabei rasant, bei etlichen Grundnahrungsmitteln in der Größenordnung von 30 % allein in den letzten zwei Jahren. Zwischen den Zeilen hat die Führung um Raúl auch schon anvisierte Reformschritte durchblicken lassen: Mehr Eigenständigkeit und Effizienz der staatlichen Betriebe; weniger staatliche Vorgaben für die landwirtschaftlichen Genossenschaften; mehr Möglichkeiten für die Kleinbauern und realistischere Preise für den Ankauf der Produkte, sodass das Geld wieder einen Anreiz für mehr Produktion darstellt. Derartige Schritte klingen fürwahr nicht nach radikalem Systemwech-

sel, und es wird abzuwarten sein, inwieweit sie tatsächlich die erhoffte Verbesserung der Versorgungslage herbeiführen können. Doch zunächst einmal bleibt abzuwarten, wann die Regierung Raúl Castros überhaupt anfangen wird, Ansätze davon in die Praxis umzusetzen.

Fidel Castros Gesundheitszustand wird nach wie vor als Staatsgeheimnis behandelt. Eine Rückkehr von ihm in seine frühere Machtposition scheint ausgeschlossen. Doch wie lange die gegenwärtige Zwischenzeit dauern mag, weiß niemand zu sagen. Es ist eine feine Ironie der Geschichte, dass in dieser Situation für Fidel Castro ausgerechnet Wahlen zu einer bemerkenswerten politischen Herausforderung werden: Die Nationalversammlung wird in den kommenden Monaten neu gewählt, und sie muss dann im Februar 2008 aus ihrer Mitte heraus den 31-köpfigen Staatsrat wählen, der dann den Staatsratsvorsitzenden wählt. Bislang war dies immer Fidel, und auch jetzt noch firmiert Raúl immer als Vize. Doch damit dies auch über den kommenden Februar hinaus so sein kann, müsste Fidel, der seit anderthalb Jahren nicht mehr öffentlich aufgetreten ist, für die Nationalversammlung kandidieren. Und er müsste dann in ein Amt wiedergewählt werden, dessen Ausübung er seit anderthalb Jahren abgegeben hat. Dies der Bevölkerung als Sternstunde sozialistischer Demokratie zu verkaufen, dürfte nicht leicht sein. Die Alternative wäre, dass der erkrankte Staatschef im Alter von immerhin 81 Jahren aus dem Amt scheidet und seine Nachfolger dieses antreten. Eigentlich das normalste der Welt. In Kuba wird diese Option dennoch als die sehr viel unwahrscheinlichere gehandelt.



Bert Hoffmann (*1966) ist Politikwissenschaftler am GIGA-Institut in Hamburg. Zuletzt erschienen: *Debating Cuban Exceptionalism*; PALGRAVE. hoffmann@giga-hamburg.de